



CRPM CPMR

CONFERENCE DES REGIONS PERIPHERIQUES MARITIMES D'EUROPE
CONFERENCE OF PERIPHERAL MARITIME REGIONS OF EUROPE

6, rue Saint-Martin 35700 RENNES - F
Tel. : + 33 (0)2 99 35 40 50 - Fax : + 33 (0)2 99 35 09 19
e.mail : secretariat@crpm.org - web : www.crpm.org

37. Hauptversammlung CRPM

1.-2. Oktober 2009 - Göteborg (Västra Götaland, Schweden)

Die peripheren Küstenregionen, deren Liste folgt, kamen am 1. und 2. Oktober 2009 im Rahmen der 37. Hauptversammlung der CRPM in Göteborg (Västra Götaland, Schweden) zusammen

ABERDEEN CITY (UK), ABERDEENSHIRE (UK), AÇORES (PT), ALENTEJO (PT), ANDALUCIA (ES), ANGUS (UK), AQUITAINE (FR), ARAGÓN (ES), ARGYLL & BUTE (UK), ASTURIAS (ES), BALEARES (ES), BASSE-NORMANDIE (FR), BLEKINGE (SE), BORDER (DONEGAL, IE), BORNHOLM (DK), BREMEN (DE), BRETAGNE (FR), BUSKERUD (NO), CAMPANIA (IT), CANTABRIA (ES), CATALUNYA (ES), CENTRO (PT), COMUNITAT VALENCIANA (ES), CORNWALL (UK), CORSE (FR), EAST MIDLANDS REGIONAL ASSEMBLY (UK), EAST OF ENGLAND REGIONAL ASSEMBLY (UK), EMILIA ROMAGNA (IT), FAMAGUSTA (CY), FIFE (UK), FRIULI-VENEZIA-GIULIA (IT), GALICIA (ES), GÄVLEBORG (SE), GOTLAND (SE), GOZO (MT), HALLAND (SE), HAMPSHIRE (UK), HAUTE-NORMANDIE (FR), HIGHLAND (UK), HORDALAND (NO), IDA-VIRUMAA (EE), ISLE OF MAN (BRITISH ISLES), ITÄ-UUSIMAA (FI), JÖNKÖPING (SE)*, KYMENLAAKSO (FI), LAZIO (IT), LISBOA E VALE DO TEJO (PT), MADEIRA (PT), MARTINIQUE (FR), MECKLENBURG-VORPOMMERN (DE), MELILLA (ES), MIDI-PYRÉNÉES (FR), MIDTJYLLAND (DK), MØRE OG ROMSDAL (NO), MONASTIR (TN), MURCIA (ES), NAVARRA (ES), NOORD-HOLLAND (NL), NORDJYLLAND (DK), NORDLAND (NO), NORD-PAS DE CALAIS (FR), NORRBOTTEN (SE), NORTE (PT), ODESSA (UA), ORKNEY (UK), ØSTFOLD (NO), OSTROBOTHNIA (FI), OULU REGION (FI), PÄIJÄT-HÄME (FI), PÄRNUMAA (EE), PAYS DE LA LOIRE (FR), PICARDIE (FR), PODLASKIE (PL), POITOU-CHARENTES (FR), PROVENCE-ALPES-CÔTE D'AZUR (FR), ROGALAND (NO), SAMSUN (TR), SARDEGNA (IT), SHETLAND (UK), SICILIA (IT), SJAELLAND (DK)*, SKÅNE (SE), SOMERSET (UK), SOUSSE (TN), SOUTH OF SCOTLAND ALLIANCE (UK), SOUTH-WEST FINLAND (FI), SØR-TRØNDELAG (NO), STOCKHOLM (SE), SYDDANMARK (DK), TELEMAR (NO), TOSCANA (IT), TRABZON (TR), TROMS (NO), TULCEA (RO), UUSIMAA (FI), VÄSTERBOTTEN (SE), VÄSTERNORRLAND (SE), VÄSTRA GÖTALAND (SE), VEST-AGDER (NO), VESTFOLD (NO), WALES (UK), WESTERN ISLES (UK), ZUID-HOLLAND (NL).

^(*) Beobachter

Die an der Hauptversammlung anwesenden Regionen möchten sich bei der Region Västra Götaland und ihrem Vorsitzenden, Herrn Roland Andersson, für die Gastfreundschaft und den Empfang, der ihnen bereitet wurde, bedanken.

Präsident Martini dankt allen Vertretern der regionalen Behörden und der europäischen Institutionen die sich an der Arbeit der Konferenz beteiligt haben. Er bedankt sich ebenfalls bei der schwedischen Regierung - Ratspräsidentschaft der Union im laufenden Halbjahr - für deren Mitwirkung bei der Hauptversammlung.

Im Namen ihrer 161 Mitglieder hat die Konferenz der Peripheren Küstenregionen Europas anlässlich ihrer 37. Hauptversammlung in Göteborg, folgende Abschlusserklärung und Beschlüsse verabschiedet:

INHALT



ABSCHLUSSEKLÄRUNG UND BESCHLÜSSE	
I. ABSCHLUSSEKLÄRUNG	S. 3
II. BESCHLÜSSE:	
II.1. AUSWIRKUNGEN DES AKTUELLEN PLANS ZUR ERHOLUNG DER KABELJAUBESTÄNDE (vorgelegt von der Nordsee-Kommission)	S. 9
II.2. START EINER INTEGRIERTEN STRATEGIE FÜR DEN ATLANTIKBOGEN (vorgelegt von der Atlantikbogen-Kommission)	S. 10



ABSCHLUSSERKLÄRUNG

DIE KRISE STELLT DIE EUROPÄISCHEN HERAUSFORDERUNGEN DES XXI. JAHRHUNDERTS IN EIN NEUES LICHT UND VERLANGT NACH EINER AMBITIONIERTEN POLITISCHEN ANTWORT DER EU

1. Zweifellos haben die Jahren 2008 und 2009 eine wichtige Wende in dem seit etwa dreißig Jahren andauernden Globalisierungsprozess gebracht. Durch die jetzt auch auf die wirtschaftlichen und sozialen Bereiche übergreifende Finanzkrise, die über Europa hereingebrochen ist, sind die Herausforderungen der Globalisierung durch einen neuen Blickwinkel zu betrachten. Aufgrund der deutlichen Abnahme von Handels-, Migrations- und Finanzströmen müssen die Rahmenbedingungen für die künftige weltweite Wirtschaftsentwicklung neu hinterfragt werden. Bei der erhofften Wiederbelebung der Wirtschaft dürfen die von der Krise induzierten Veränderungen nicht außer Acht gelassen werden.
2. Tag für Tag müssen sich die Verantwortlichen der 161 Mitgliedregionen der Konferenz mit den verheerenden Auswirkungen der Krise auseinandersetzen. Entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeiten und Ressourcen definieren und verfolgen sie öffentliche Regionalpolitiken, die es ihren Mitbürgern ermöglichen werden, kurzfristig sich auf die verschiedenen Krisenfaktoren einzustellen und längerfristig auf eine nachhaltige auf Aufträge für die Betriebe und Beschäftigung für die Bevölkerung gerichtete Entwicklung hinaus zu arbeiten. Dabei sind sie fest entschlossen, nicht noch einmal in eine solche Lage zu geraten. Die gegenwärtige Krise muss unbedingt den Anlass zur notwendigen Anpassung des während der drei vergangenen Jahrzehnte vorherrschenden Wachstums- und Entwicklungsmodells geben. Die Mitgliedregionen der CRPM ermahnen die europäischen sowie die internationalen Institutionen, sich nicht damit zu begnügen, den Gefahren, die unmittelbar aus den aktuellen Unzulänglichkeiten hervorgehen, zu begegnen, sondern eine nachhaltige Reform des Entwicklungsmodells vorzuschlagen.
3. Das kommende Jahr wird also zum Test für die europäische Union und ihre Mitgliedstaaten. Es wird sich zeigen, ob diese angesichts der zahlreichen Herausforderungen vor denen der Kontinent steht, zu einem neuen Start fähig ist und sich an der neuen Etappe einer multipolaren Globalisierung beteiligen kann. Zusätzlich zu diesem Test muss die Union unbedingt ihre politische Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Bürger wieder erlangen, denn die geringe Beteiligung an den jüngsten Europawahlen zeugt von ihrem Imageverlust. Für die europäischen Institutionen, ob nun für den Rat, das gerade neu gewählte Parlament oder die nächste Kommission, steht somit immens viel auf dem Spiel. Wenn diese scheitern, würde auch der in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begonnene Prozess einiges an Unterstützung einbüßen.
4. In erster Linie erwarten die Mitgliedregionen, dass die europäische Antwort auf die Wirtschaftslage in einer Verstärkung der gemeinschaftlichen Institutionen und Politiken anstatt in Abbaumaßnahmen und Kürzungen liegt:
 - Sie hoffen, dass mit dem Ergebnis des neuen irischen Referendums der Vertrag von Lissabon als Voraussetzung für einen neuen Durchbruch des europäischen Projektes in Kraft treten kann;
 - Es wäre für sie unbegreiflich, wenn die Ergebnisse aus den für den Zeitraum der spanischen Ratspräsidentschaft angesetzten Debatten zur Haushaltsrevision, zu den zukünftigen europäischen Politiken und den dafür bereitzustellenden Mitteln nicht ehrgeizig genug ausfallen würden, weil die Krise auf den Haushalten der Mitgliedstaaten lastet.
5. Sollte man sich tatsächlich dadurch ausbremsen lassen, würde dies auf europäischer Ebene einfach die Zustände widerspiegeln, die von der Krise verursacht werden, nämlich das Schrumpfen des Personen-, Waren- und Finanzverkehrs; wenn dieser Trend anhält, würde er im Laufe der Zeit den Weltfrieden und die harmonische Entwicklung des Planeten zugunsten seiner Bewohner aufs äußerste gefährden.
6. Angesichts dieser Risiken, und der Gefahr, dass Europa nach und nach auf der Weltbühne verblassen könnte, darf die Antwort der Union nur in einer Governance liegen, die auf alle ihre Energiequellen zurückgreift. Daher müssen sich die Institutionen der Union auf die fest verwurzelten Traditionen der europäischen Demokratie stützen und den substaatlichen Behörden, insbesondere den regionalen, eine

neue Stellung einräumen. Die CRPM befürwortet uneingeschränkt die im Weißbuch des Ausschusses der Regionen ausformulierten Vorschläge für eine neue Phase der Governance der Union, bei der alle Ebenen der öffentlichen Hand systematischer an der Ausarbeitung und der Umsetzung von Politiken mit territorialen Auswirkungen beteiligt werden.

7. Auch in diesem Sinne stellen sich die 161 Mitgliedregionen der CRPM hinter das «Manifest: Aus der Krise gestärkt hervorgehen», das von 17 unter ihnen vorgelegt wurde. Die Mitglieder der CRPM laden die übrigen europäischen Regionen dazu ein, dieses Papier zu unterstützen und am Seminar zum Thema «Die Regionen und die Krise», das am 27. November 2009 in Marseille (Frankreich) veranstaltet wird, teilzunehmen. Sie bitten die europäischen Institutionen, die aus diesem Manifest hervorgehenden Überlegungen und die Begleitarbeit dazu als eine der wesentlichen Grundlagen der zukünftigen europäischen Politiken zu berücksichtigen.

DIE GEBIETE IM KERN EINER EUROPÄISCHEN NEUBELEBUNG

Die Regionalpolitik der EU als Eckstein des europäischen Wirkens zugunsten der Gebiete

8. Im europäischen Regelwerk, das den europäischen Gebieten zum Ausbau ihrer Potentiale verhelfen soll, damit sie in der globalen Wirtschaft weniger anfällig sind und damit sie den größtmöglichen Nutzen für die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger ziehen können, muss die Regionalpolitik der EU nach Ansicht der peripheren Küstenregionen den Eckstein bilden. In diesem Sinne halten diese es für unumgänglich, dass eine solche Politik auch künftig – einschließlich nach 2013 - dem gesamten europäischen Territorium zugute kommt. Sie muss die Zielsetzungen von Lissabon in Sachen Wachstum und Beschäftigung sowie die Ziele von Göteborg unterstützen und die Besonderheiten der einzelnen Gebiete und Regionen beachten. Sie muss sich auch auf die Schwerpunkte der nachhaltigen Regionalentwicklung konzentrieren:
 - Innovation und Forschung;
 - Anpassung an den Klimawandel und Abschwächung der klimatischen Veränderungen;
 - Begleitung des Humankapitals in einer globalen Wirtschaft, auch durch Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und durch Aufnahme von Migranten als Lösung für das demografische Defizit in der Union.
9. Die wesentlichen Werkzeuge für die Entwicklung der Gebiete sind Innovation, Forschung und Ausbildung. Auf die gilt es zurückzugreifen. Eine allgemein für alle Gebiete gültige Strategie gibt es hier allerdings nicht.

Diesbezüglich meint die CRPM, die Bemühungen im Rahmen der Regionalpolitik müssen im Hinblick auf ihren Nutzen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Koordinierung der einzelnen Governance-Ebenen bei ihrer Arbeit im Bereich Wissensgesellschaft weiter verfolgt werden. Außerdem ist es wichtig, sich beim zukünftigen Ausbau des europäischen Forschungsraumes auch auf eine territoriale Vision zu berufen. Voraussetzung dafür sind unter anderem zusätzliche Fortschritte bei der territorialen Bilanz von Programmen wie z.B. das Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung, bei der Beteiligung der regionalen Behörden an diesen Programmen und bei der Schaffung von Synergien mit den Regionen in strukturierenden Bereichen wie die Forschungsinfrastrukturen ESFRI, die technologischen Plattformen und weitere gemeinsame technologische Initiativen, sowie die Koordinierung der Forschungsprogramme.

10. Allerdings können diese Leitlinien niemals ausreichen, wenn sie nicht von einer privilegierten Zusammenarbeit mit den Regionen an den Grenzen der Union begleitet werden, denn aufgrund des intensiven Austauschs mit der Union wirken diese unmittelbar an der Entwicklung der europäischen Regionen und der gesamten EU mit. Die Regionen im Baltikum, die um das Schwarze Meer und im Mittelmeerraum, aber auch die in der Großnachbarschaft der Union, die tagtäglich mit dieser Realität konfrontiert sind, schließen sich dieser Feststellung an. Zu gegebener Zeit wird die CRPM entsprechende Anregungen für die Weiterentwicklung der europäischen Nachbarschaftspolitik vorlegen.

Territoriale Kohäsion

11. Die Ausprägung der Randlagen zu reduzieren und ihre Anbindung so zu verbessern, dass sie am Personen- und Warenverkehr teilhaben, und dass dieser Austausch ihnen voll und ganz zugute kommt, bleibt ein dringendes und zentrales Anliegen vieler unserer Mitgliedregionen. Diese machen sich somit die bei der Sitzung des Politischen Vorstandes in Aarhus (23. Januar 2009) vorgeschlagene Definition der territorialen Kohäsion zu eigen: *«Die territoriale Kohäsion ist als ein gemeinschaftliches Ziel zu verstehen, dessen Zweck darin besteht, den Einwohnern der einzelnen Gebiete der Union zu den im Verfassungsvertrag niedergelegten und durch die Gemeinschaftspolitiken umgesetzten Grundfreiheiten zu verhelfen, im Bewusstsein dass die Freizügigkeit, der freie Zugang zu Dienstleistungen, zu Kapital oder Wissen in der Praxis stark von den geographischen bzw. demographischen Merkmalen dieser Gebiete abhängig ist»*. Die CRPM wird sich dafür einsetzen, dass diese Zielsetzung in naher Zukunft bei allen europäischen Politiken berücksichtigt wird, spätestens jedoch in der Planungsperiode nach 2013. Sie wird vor allem darauf achten, dass die Besonderheiten der Gebiete, die aufgrund von permanenten oder anhaltenden natürlichen oder geographischen Nachteilen in ihrer Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit behindert sind, angemessen berücksichtigt werden. Dazu zählen die Inseln bzw. die kleinen Inselstaaten, die Zonen mit geringer Bevölkerungsdichte im hohen Norden oder die Bergregionen, sowie Ceuta und Melilla.

Und schließlich wird die CRPM die Regionen in äußerster Randlage bei ihren Bemühungen um eine ehrgeizige praktische Umsetzung der Bestimmungen aus dem Verfassungsvertrag seitens der Union unterstützen.

12. Die CRPM begrüßt das Aufkommen von makroregionalen Strategien auf europäischer Ebene. Für die CRPM ist die makroregionale Zusammenarbeit bereits die natürliche Vorgehensweise, die von ihren geographischen Kommissionen umgesetzt wird. Die CRPM freut sich über die Aussichten einer aktiven Beteiligung an der Entwicklung und Implementierung solcher Strategien. Die regionale Mitwirkung ist von höchster Bedeutung wenn die Makroregionen erfolgreich sein und Anklang finden sollen.
13. Im Bereich Verkehr wird sich die CRPM aktiv an der Revision der transeuropäischen Verkehrsnetze und an der Förderung der Hochgeschwindigkeitsseewege und der grünen Korridore beteiligen, und dabei ganz besonders darauf achten, dass zur Frage des Anschlusses der großen Korridore an die sekundären Land- und Seeverbindungen entsprechende Überlegungen angestellt und aufeinander abgestimmte Vorschläge unterbreitet werden.

BERÜCKSICHTIGUNG DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG: EINE PRIORITÄT FÜR DIE REGIONEN

Auf den Klimawandel reagieren

14. Die andere wesentliche Herausforderung in den kommenden Jahren ist die Bekämpfung des Klimawandels. Die Mitgliedregionen der CRPM machen sich die ihnen zu dieser Frage vorgelegte Politische Stellungnahme zu eigen.
- Sie bitten die EU-Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen inständig um Unterstützung, damit die regionalen und lokalen Behörden in die Vereinbarungen der Konferenz von Kopenhagen aufgenommen werden;
 - Sie bitten die europäischen Institutionen, darunter insbesondere die Kommission, um eine enge Beteiligung an der Umsetzung des Weißbuchs über den Klimawandel;
 - Sie begrüßen es, dass die schwedische Ratspräsidentschaft dem Erfolg der Konferenz von Kopenhagen eine hohe Priorität einräumt.

Sie betonen wie dringend es sei, konkrete Antworten auf die Folgen des Klimawandels für die Gebiete und Wirtschaften der Küstenregionen zu liefern. Sie bitten nachdrücklich darum, dass für entsprechende Aktionen die jetzt vorhandenen Instrumente bevorzugt genutzt werden, anstatt auf den nächsten Planungszeitraum zu warten. Diese Aktionen müssen sich auf definierte Thematiken stützen und auf die geographischen Zonen abgestimmt sein. Die Mitgliedregionen verlangen insbesondere, dass so bald wie möglich Verwundbarkeitsanalysen aufgestellt werden, um den Verantwortlichen in den regionalen Körperschaften die besten Voraussetzungen für ihre Anpassungs- und Abschwächungsstrategie zu

bieten, auch bei den zwischenstaatlichen und interregionalen Maßnahmen. Konkret wird die CRPM solche Politiken unterstützen, die bei der Versorgung mit Elektrizität aus erneuerbaren Energien eine Tarifgestaltung zulässt, bei der die Gebiete mit dem größten Potential nicht diskriminiert werden, denn damit trägt sie zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verwirklichung der Ziele der territorialen Kohäsion bei.

Maritime Potentiale nachhaltig nutzen

15. Genauso ruft die CRPM zur Anwendung und zur Ausweitung der von der gewählten Kommission und dem Rat initiierten Integrierten Maritimen Politik auf. Bei dem Präsidenten der europäischen Kommission, Herrn José Manuel Durão Barroso, und dem Kommissar für Meeresfragen, Herrn Joe Borg, bedankt sie sich ganz herzlich für den Impuls, der mit dieser Politik gegeben wurde. Ob es nun um Wirtschaft, Umwelt oder Sicherheit geht, immer steht das Meer für eines der signifikantesten Paradigmen einer erfolgreichen Globalisierung, bei der Europa seinen angemessenen Platz einnimmt. Eine ehrgeizige europäische maritime Politik trägt die Tätigkeiten und die Arbeitsplätze von Morgen in einer offenen Welt in sich. Sie muss zu den Säulen der künftigen europäischen Politiken gehören, *und auf der Grundlage einer auf allen Ebenen gut geführten Governance sowie der Berücksichtigung der Küsten- und Meeresgebiete aufgebaut werden*. Unter anderem im Mittelmeerraum müssen mit der Einrichtung von ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ), von besonders empfindlichen Seegebiete (PSSA) und von Meeresschutzgebieten weitere Schutzmaßnahmen getroffen werden.
16. Aus denselben Beweggründen heraus wird sich die CRPM in ihrer Stellungnahme zu diesem Thema die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik im Sinne einer Einbindung in die Integrierte maritime Politik einsetzen. Die Reform der GFP bietet die Gelegenheit, für diese Gemeinschaftspolitik ein anderes Modell als das bis jetzt geltende zugrunde zu legen, weil dessen Grenzen heute durch die Krise deutlicher hervorgetreten sind. In der Reform liegt auch die Möglichkeit, den betreffenden Gemeinschaften ein positives Zeichen zu geben, indem die Vorteile dargestellt werden, welche die Union ihren Bürgerinnen und Bürgern verschaffen kann. Die Konferenz bittet also die Kommission, das Parlament und den Rat darum, sich bei der Reform der GFP über die fachliche Dimension hinweg auf diese zwei Aspekte zu stützen.

DIE TERRITORIALE DIMENSION DER POLITIKEN WELTWEIT FÖRDERN
--

17. Als Verfechter einer solch offenen Welt – der Garantie für Frieden, Umverteilung des Wohlstandes und Kulturaustausch – wird sich die CRPM weiter für Kooperationen mit Regionen außerhalb der Union engagieren. Die CRPM möchte die Kommission unbedingt darin bestärken, die spezifische Rolle und den einzigartigen Mehrwert der regionalen und lokalen Behörden in den Entwicklungspolitiken anzuerkennen. Sie beteuert noch einmal die große Bereitschaft der Regionen, an der Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund fordert die CRPM die europäischen Institutionen dazu auf, in Entwicklungsfragen den territorialen Ansatz besser zu berücksichtigen und das Einbetten der regionalen Aktionen in größere Programme, die alle im betreffenden Gebiet vorhandenen Geber einschließen, zu fördern. Sie begrüßt erste Schritte in diese Richtung im Rahmen der aktuellen Planung (grenzüberschreitender Abschnitt der Nachbarschaftspolitik, Programme ANE & AL, CIUDAD, Partnerschaften zwischen Institutionen, ...) Darüber hinaus hat sie die Absicht, sich am Prozess von Palermo II zu beteiligen, der Anfang 2010 beginnen soll und zum Ziel hat, die europäische Entwicklungspolitik und ihre Instrumente für den Zeitraum nach 2013 neu zu definieren. Sie unterstützt ebenfalls weitere Bemühungen der europäischen Union zur Förderung der Initiative „Union für den Mittelmeerraum“, in der Hoffnung, dass diese Initiative einen Beitrag zu Frieden und Entwicklung leisten kann. An den ersten Konferenzen zur dezentralisierten Zusammenarbeit, mit deren Implementierung der Ausschuss der Regionen durch die europäische Kommission beauftragt wurde, wird sie sich aktiv beteiligen.
18. Zu den Hauptursachen unkontrollierter Migrationsbewegungen gehören Elend, Hunger und Fehlernährung. Deshalb wird sich die CRPM bei ihrer künftigen Arbeit zur Gemeinsamen Agrarpolitik gleichzeitig dafür einsetzen, dass eine GAP aufgestellt wird, welche gute Ernährungsbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger der Union gewährleistet, und damit zur Lösung der Welternährungsproblematik beitragen. Sie begrüßt die gestartete Zusammenarbeit mit der FAO und den von ihrer Mitgliedregionen geleisteten Beitrag zur Lösung dieses Grundproblems. Sie fordert ihre Mitgliedregionen dazu auf, zum Gipfeltreffen der Regionen der Welt zum Thema Ernährungssicherung,

das im Januar 2010 in Dakar auf Einladung des Präsidenten der Republik Senegal stattfinden wird, beizutragen.

19. Die Mitgliedregionen freuen sich darüber, dass die zukünftige spanische Ratspräsidentschaft sich bereit erklärt hat, die Arbeit der CRPM und die Treffen, die sie im ersten Halbjahr 2010 in Spanien über die Prioritäten der vorliegenden Abschlusserklärung veranstalten wird, zu begleiten.
20. Sie beauftragen den Politischen Vorstand und das Generalsekretariat mit der Umsetzung der vorliegenden Leitlinien.

Einstimmig angenommen
(mit Enthaltung der Region Halland zu Punkt 7)

- II -
BESCHLÜSSE

~~~~~

**II.1 AUSWIRKUNGEN DES AKTUELLEN PLANS ZUR ERHOLUNG DER KABELJAUBESTÄNDE**  
(vorgelegt von der Nordsee-Kommission)

~~~~~

II.2 START EINER INTEGRIERTEN STRATEGIE FÜR DEN ATLANTIKBOGEN
(vorgelegt von der Atlantikbogen-Kommission)

~~~~~

## II.1

---

### AUSWIRKUNGEN DES AKTUELLEN PLANS FÜR DIE ERHOLUNG DER KABELJAUBESTÄNDE (vorgelegt von der Nordsee-Kommission)

---

In Anbetracht dessen, dass es zu den wesentlichen Zielen der CRPM gehört, die maritime Dimension Europas aufzuwerten und die nachhaltige Entwicklung im Namen der Peripheren Küstenregionen zu fördern;

in Anbetracht dessen, dass der Nordseeraum ein großes maritimes Gebiet darstellt, und dass die Nordsee-Kommission (NSK) bestrebt ist, diesen Raum als ein wichtiges wirtschaftliches Gebilde innerhalb Europas zur Geltung zu bringen, den dazugehörigen Regionen bei ihren Problemen zu helfen und die gebotenen Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen;

möchte die NSK die Tatsache hervorheben, dass für zahlreiche Küstengemeinschaften an der Nordsee die Ressourcen aus dem maritimen Umfeld stammen. Dies NSK sieht die Notwendigkeit einer nachhaltigen Fischerei ein, aber gleichzeitig beobachtet sie die Auswirkungen der bestehenden GFP auf die Gemeinschaften, die von der Fischerei leben und die Probleme, die sich aus dem jetzigen Plan für die Erholung der Kabeljaubestände ergeben. Dieser schreibt nämlich vor, die Sterblichkeit des Kabeljaus im Laufe des Jahres 2009 um 25% herunterzusetzen. Bei den von der Fischerei abhängigen Gemeinschaften haben diese Maßnahmen eine Krisensituation herbeigeführt, bei der die lokale Industrie unter enormem Druck steht, wenn sie die Auflagen erfüllen will und trotzdem lebensfähig bleiben soll. Für die Bewirtschaftung der Fischerei bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes. Außerdem sind für die Erholung der Küstenbestände an Kabeljau langfristige Pläne notwendig, die es den von der Fischerei abhängigen Gemeinschaften erlauben, während der Wiederauffüllungszeit ihre Tätigkeiten weiter auszuüben. Darüber hinaus muss die europäische Politik in bezug auf die Rückwürfe ins Meer revidiert werden, denn sie wirkt sich kontraproduktiv auf die Wiederauffüllung der Fischereibestände aus.

Die NSK möchte die europäische Kommission darauf aufmerksam machen, dass viele Fischer infolge der Revision des Plans für die Bestandserholung in große wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. Diese Schwierigkeiten bedrohen die wirtschaftliche Rentabilität der Schiffe und könnten langfristig schwerwiegende Konsequenzen für die von der Fischerei lebenden Gemeinschaften haben.

Die NSK bittet deshalb die europäische Kommission, den aktuellen Plan zur Erholung der Kabeljaubestände dringend zu überdenken, damit dessen Auswirkungen auf die betreffenden Gemeinschaften abgeschwächt werden. Sie ermutigt die europäische Kommission zu erkennen, dass der Druck, der auf der Fischereiindustrie lastet, auf zahlreichen Maßnahmen wie die Echtzeit-Schließungen und die Pläne zur Meidung bestimmter Fischbestände zurückzuführen ist, auf solche Maßnahmen also, die von der Fischereiindustrie selbst eingeführt wurden, damit dieser Sektor auch ohne Kabeljaufang weiter arbeiten kann. Die europäische Kommission muss jedoch bedenken, dass die Maßnahmen von der Industrie getroffen wurden und ihre Bewertung nur mit ausreichendem Abstand vorgenommen werden kann. Die NSK fordert zudem die europäische Kommission dazu auf, bei der Festlegung der zukünftigen GFP für die Erreichung der Ziele einen realistischeren Zeitplan aufzustellen und die negativen Folgen der entsprechenden Maßnahmen auf die von der Fischerei lebenden Gemeinschaften zu erkennen und zu minimieren.

**Einstimmig angenommen**

---

### Start einer integrierten Strategie für den Atlantikbogen (vorgelegt von der Atlantikbogen-Kommission)

---

Die Regionen, die zum Atlantikbogen gehören und sich 1989 zu einem Netzwerk zusammengeschlossen haben, kommen insgesamt auf eine Einwohnerzahl von rund 60 Millionen. Dies entspricht etwa 12% der europäischen Bevölkerung. Mit 2500 Kilometern Küstenlinie stellen sie die größte Seegrenze Europas dar.

#### In Anbetracht folgender Umstände:

**Die Atlantikgebiete stehen vor globalen Herausforderungen:** Die besonderen Bedingungen einer Randlage, die Wirtschaftskrise, der Klimawandel und die Folgen der Globalisierung bringen die politischen Entscheidungsträger dazu, gemeinsame und nachhaltige Antworten auf europäischer Ebene in Erwägung zu ziehen;

**Aufkommen von makroregionalen integrierten Strategien:** Dieser neue Kooperationsansatz, der seinen Ursprung im Baltikum hat und von der europäischen Kommission umgesetzt wurde, scheint sich nun zu verbreiten und zu einem Modell für weitere länderübergreifende Räume zu entwickeln;

**Die Vorbereitung der europäischen Politiken 2014-2020:** In den aktuellen Reflexionen zur territorialen Kohäsion, zur Zukunft der europäischen territorialen Zusammenarbeit, zur Reform der gemeinsamen Fischereipolitik und zu den TEN-V scheint es eine territoriale Dimension zu geben, und diese Reflexionen lassen eine neue Ära der innovativen und strukturierenden Reformen ahnen;

**Die spanische Ratspräsidentschaft der EU im Laufe des 1. Halbjahres 2010:** Für die Unterstützung der betreffenden Initiative wäre die spanische Regierung der ideale Vermittler;

#### Rufen die Regionen der Atlantikbogen-Kommission zum Start einer integrierten Strategie für den Atlantikbogen auf

In der Tat rufen diese Regionen zur Aufstellung einer starken und energischen Strategie auf, die im Rahmen einer neuen Partnerschaft gleichzeitig vom europäischen Parlament, von der europäischen Kommission, von den Staaten und den Regionen getragen wird. Eine solche Involvierung ist notwendig, um den großen Herausforderungen in den Bereichen Verkehr, maritime Sicherheit, Umwelt, Forschung und Innovation oder Fischerei begegnen zu können.

#### Zu diesem Zweck schlagen die Atlantik-Regionen folgendes vor:

- ❖ Während der spanischen Ratspräsidentschaft der europäischen Union soll **eine erweiterte Reflexion zu dieser Strategie in Gang gesetzt werden**. Der *Maritime Day* in Gijón in der Region Asturien (19.-21. Mai 2010) könnte eine günstige Gelegenheit sein, um über die Bedingungen einer Umsetzung dieser Strategie zu diskutieren.
- ❖ **Aufstellung eines strategischen Aktionsplans**, in dem die Prioritäten, die geplanten strukturierenden Aktionen, die verfügbaren sowie die notwendigen Mittel zur Erreichung der Ziele bestimmt werden.
- ❖ **Der Atlantik-Raum soll geschützt und aufgewertet werden:** Diese Strategie muss darauf abzielen, einerseits die Umwelt und die biologische Vielfalt in diesem Raum zu schützen, insbesondere mit Blick auf den Klimawandel, andererseits durch eine bessere Anbindung und durch den Ausbau oder die Stärkung der dynamischsten Sparten die Ressourcen der betreffenden Gebiete besser zu nutzen.
- ❖ **Förderung einer erneuerten Governanz**, in der die europäische Union, die 5 betreffenden Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Körperschaften stark involviert sind.

**Einstimmig angenommen**